

Herr Botschafter R. Bindschedler

vn, Bz

s.C.41.110.1.  
 s.C.41.Am.111.0. - TE/dem  
 s.C.41.780.18.0.  
 s.C.41.117.0. (1)

3003 Bern, den 1. Juni 1973

VERTRAULICH

Sitzung der Ständigen Wirtschaftsdelegation  
 vom 30. Mai 1973  
 (Zusammenfassung)

---

- Traktanden:
1. Vorbereitung der OECD-Ministerkonferenz
  2. Aussenhandelsgesetzgebung der USA
  3. Erste Orientierung über Verwirklichung  
 der zweiten Stufe unserer Zollpräferenzen  
 für Entwicklungsländer

ad 2: Amerikanische Aussenhandelsgesetzgebung

Herr Jolles orientiert über die Reise, die er in der ersten Hälfte Mai mit Herrn Bundesrat Brugger und Herrn Jacobi nach den USA unternommen hat. Er habe allgemein den Eindruck erhalten, dass amerikanischerseits

- sich der Protektionismus weniger virulent darstelle,
- ein grösseres Interesse an handelspolitischen Gesprächen vorhanden sei,
- mit gewissen Einschränkungen - eine grössere Bereitschaft zur Lösung der Probleme auf dem Verhandlungsweg bestehe, und dass
- eine nuanciertere Betrachtung der Ursachen der Handels- und Zahlungsbilanzdefizite Platz gegriffen habe.

./.



- 2 -

Zu den einzelnen Problemen äussert sich Herr Jolles wie folgt:

- Aussenhandelsgesetzgebung: Die "Trade Reform Act" dürfte bis Ende August im Repräsentantenhaus - also vor dem Beginn der Nixon-Runde - und bis Ende Jahr im Senat durchgebracht sein, so dass sie anfangs 1974 in Kraft gesetzt werden könnte. - Die Exekutive scheint in bezug auf eine Durchsetzung ihrer Anliegen optimistisch. Eine gewisse Beschneidung der Kompetenzen des Präsidenten würde sie gegebenenfalls akzeptieren.
- Die Ziele für die GATT-Reform scheinen kaum festgelegt. Eine grundsätzliche Umkrempelung der GATT-Tätigkeit ist nicht beabsichtigt. - Zu den amerikanischen Zielen der GATT-Runde gehören: Liberalisierung des Agrarhandels, Abbau der nicht-tarifaren Hemmnisse und Zollabbau.
- Die amerikanische Verwaltung, nicht aber die Wirtschaft, bekunden nach wie vor Opposition gegen die zwischen den Europäischen Gemeinschaften und den EFTA-Ländern abgeschlossenen Freihandelsabkommen.
- Konjunktur- und Währungspolitik: Man gibt sich optimistisch in bezug auf Eindämmung der Inflation. Zur Währungsreform hat man kaum eigene Vorschläge. Man ist jedenfalls sehr zurückhaltend.
- Entwicklungspolitik: Als unpopuläre Politik dürfte sich gerade auf diesem Gebiet die Watergate-Affäre am ehesten auswirken. In bezug auf einen "Link" SZR-Entwicklungshilfe scheint man eher abgeneigt.

./.

- 3 -

Zusammenfassend sieht Herr Jolles den Sinn dieser Reise vor allem darin, dass im Dreieck USA - EG - Japan die Präsenz der Schweiz wieder in Erinnerung gerufen wurde. Vor allem im Hinblick auf die Nixon-Runde müssen wir rechtzeitig ins Gespräch kommen zur Geltendmachung einer eigenen Stellungnahme. In gewissen Fällen folgen wir der Haltung der USA (Unterstützung ihres Leadership, Liberalisierung, multilaterale Verhandlungsmethoden), in andern den EG (Reziprozität auf handelspolitischem Gebiet, besondere Behandlung der Landwirtschaft, Verteidigung der Freihandelsabkommen). Auch in bezug auf die USA-Vorschläge eines "global approach" und der EG-Haltung der separaten Verhandlungen nehmen wir eine Mittelstellung ein, indem wir zwar separate Verhandlungen wünschen, den monetären und handelspolitischen Zusammenhang jedoch voll anerkennen.

In der Diskussion wird die Frage erörtert, wie es käme, dass trotz Währungsunruhen und hohem Aufwertungseffekt unsere Exporte weiterhin im Aufschwung seien. Herr Jolles meint, dass der Aufwertungseffekt überdeckt werde durch den Boom in den USA und in Europa.

ad 1: Vorbereitung der OECD-Ministerkonferenz

Herr Languetin orientiert über die bevorstehende OECD-Ministerkonferenz (6./8. Juni).

- Wirtschaftspolitik: Das vom OECD-Sekretariat vorbereitete Papier weist auf die hohe Inflationsrate im OECD-Raum hin.- Die Schweizerische Delegation sollte an der Konferenz insbesondere auf folgende erstrebenswerte Ziele hinweisen: Förderung aller Massnahmen, die bezwecken, die globalen Gleichgewichte wiederherzustellen; Auffangen der exzessiven Liquiditäten; koordinierter weltweiter Kampf gegen die Inflation. Die schweizerische Erklärung sollte sich somit an die von Herrn Bundesrat Brugger vor den EFTA-Ministern in Genf gemachten Aeusserungen anlehnen.

./.

- 4 -

Herr Hay (Nationalbank) glaubt, dass die grossen Länder innerhalb der OECD wenig willens sind, auf diesen Gebieten zusammenzuarbeiten, worauf Herr Jolles auf das "Unbehagen" der kleinen Staaten auch innerhalb der EG hinweist. Die von der Schweiz abzugebende Erklärung sollte jedenfalls nicht zu stark aufgebauscht werden. - Herr Müller (EPD) und Herr Hay erwähnen noch die zwischen der Schweiz und Oesterreich auf OECD-Ebene unternommenen Versuche, die Zusammenarbeit im Hinblick auf eine Dämpfung der Konjunkturüberhitzung zu fördern.

- OECD-Tätigkeiten

a) Energieprobleme

Herr Languetin referiert über das von der OECD vorgelegte Papier über die kurz- und langfristigen Aussichten. Die Tatsache, dass das Erdöl vorderhand der wichtigste Energieträger bleibt und die Produktion im Mittleren Osten konzentriert ist, bringt ernste Probleme mit sich. Aufgaben für die Zukunft sind: Studium der Mechanismen in Krisenzeiten; Versuch, die Energiequellen zu diversifizieren; Vermeiden von Konflikten zwischen produzierenden und konsumierenden Staaten.

Herr Siegrist (Amt für Energiewirtschaft) stellt parallele Bemühungen zwischen der Schweiz und der OECD fest. Die Abhängigkeit der Schweiz von den Einfuhren aus dem Mittleren Osten ist beträchtlich. Gegenwärtig verhandeln die produzierenden Staaten mit den privaten Erdölgesellschaften. Die Frage nach der Haltung der Einfuhrstaaten wirft ein politisches Problem auf.

Herr Zwahlen (EPD) macht darauf aufmerksam, dass die Ausbeutungskonzessionen auf hoher See (Nordmeer!) liberaler erteilt werden sollen.

./.

b) Entwicklungspolitik

Herr Languetin findet in der von der OECD vorgelegten Dokumentation kaum Neues. Seiner Meinung nach sollte sich die Schweiz an der Konferenz den traditionellen Empfehlungen anschliessen und die Verbesserung der Qualität der Hilfe betonen. Herr Forster (EPD) meint, dass zusätzlich auf die Notwendigkeit einer besseren Koordination bei den Geber- wie bei den Empfängerländern hingewiesen werden könnte. Herr Jacobi (EVD) regt an, dass auch die erteilten Zollpräferenzen und das in Vorbereitung stehende Entwicklungsgesetz erwähnt werden könnten.

c) Qualitative Aspekte des wirtschaftlichen Wachstums

Herr Languetin beurteilt die bisherigen OECD-Bemühungen, soziale Indikatoren aufzustellen und zu bewerten, als positiv. Auch Herr Madöry (EVD) ist dieser Meinung und weist zudem auf diesbezügliche Absprachen innerhalb der EG hin. Es müssen auch politische Prioritäten gesetzt werden. Herr Grübel (BIGA) erkundigt sich, ob schweizerischerseits schon entsprechende Richtlinien ausgearbeitet worden seien. Offenbar ist keiner der Anwesenden über den gegenwärtigen Stand im Bild, doch erachtet es Herr Jolles als nützlich, wenn sich die Schweiz vermehrt für diese zuständige Arbeitsgruppe der OECD interessieren würde.

ad 3: Zollpräferenzen

Herr Jolles erinnert einleitend an die Unterschiede unserer Massnahmen im Vergleich zu den EG und den USA. - Allgemein hat er kaum den Eindruck, dass die erste Etappe (Zollsenkung um 30 % auf den Industriegütern) grosse Erschütterungen bewirkt habe, nachdem die Einfuhren aus den Entwicklungsländern prozentual weniger als die Gesamteinfuhren zugenommen haben. Der Aktivsaldo gegenüber den Entwicklungsländern hat sich im Gegenteil vergrössert.

Herr Jacobi ruft in Erinnerung, dass für den Uebergang zur zweiten Phase die Erfahrungen im Inland und die Vergleichbarkeit mit andern entwickelten Ländern überprüft werden müssen. Neue Elemente seit der Inkraftsetzung der ersten Phase sind: die bevorstehende Nixon-Runde; Abbau der Zölle im westeuropäischen Raum; Abwertung des Dollars und Währungsunruhen. - Der Referent schlägt vor, die zuständige Arbeitsgruppe zu reaktivieren, und weist auch auf den Wunsch der Oberzolldirektion hin, aus technischen Gründen die Massnahmen auf einen Jahresanfang einzuführen und nicht auf den 1. März 1974.

Herr Jolles fasst die neuen Aufgaben der wieder zu belebenden Arbeitsgruppe wie folgt zusammen: Bestandesaufnahme und Prüfung der Ausnahmebegehren, eventuelle Ausdehnung auf zusätzliche Produkte und Abklärung des geographischen Geltungsbereiches.

Die Herren Winterberger und Veyrassat (beide Vorort) weisen darauf hin, dass der Vorort eine Enquête durchgeführt hat, deren Ergebnisse der Handelsabteilung mitgeteilt werden sollen. Einzelne Industrien wünschten Fristaufschiebung für die Inkraftsetzung der zweiten Etappe und bessere Verteilung des "burden sharing", wie auch Neuüberprüfung der begünstigten Länder.

Herr Languetin orientiert über seine Kontakte mit Vertretern Spaniens und Griechenlands. Da es sich, wie auch bei der Türkei, um europäische Länder handelt, sollten diese gegenüber den andern Entwicklungsländern zumindest nicht benachteiligt werden.

- 7 -

Herr Otto Fischer (Gewerbeverband) würde eine Verschiebung der Inkraftsetzung der zweiten Phase auf den 1.1.1975 begrüßen, während Herr Affolter (OZD) auf die hohen zusätzlichen Kosten hinweist, die eine Einführung auf den 1. März (und nicht auf einen Jahresanfang) verursachen würde.

Das Gremium ist mit der Reaktivierung der Arbeitsgruppe einverstanden; der Zeitpunkt der Inkraftsetzung sollte im Moment noch nicht präjudiziert werden.

Finanz- und Wirtschaftsdienst  
i.A.

*Thurnheer*  
(Thurnheer)

- 8 -

Verteiler:

Herr Bundesrat P. Graber  
Herr Botschafter E. Thalmann  
Herr Botschafter R. Keller  
Herr Botschafter S. Marcuard  
Herr Botschafter R. Bindschedler  
Herr Botschafter A. Janner  
Herr Botschafter E. Diez  
Herr Botschafter C. Müller  
Herr Botschafter P. Thévenaz  
Herr Minister M. Gelzer  
Herr Minister P. Nussbaumer  
Herr Minister M. Jaccard  
Herr P. Erni

ZW/RL/BEN/HG/BAR/TE